

4. AUGUST 2012

In der deutschen Zange



Abbildung aus einer
Propagandabroschüre des
Mitteleuropäischen
Wirtschaftstages, Verlag Volk und
Reich, Berlin 1931 - Fotoquelle:
Archiv Martin Seckendorf

Vor 80 Jahren entstand in konzertierter Aktion von Finanzkapital, Politik und Ministerialbürokratie eine Konzeption für die Unterwerfung der Balkanländer mit wirtschaftlichen Mitteln

Martin Seckendorf

In der gegenwärtigen »Griechenland-Krise« zeigt sich exemplarisch, wie imperialistische Mächte wirtschaftliche und monetäre Maßnahmen einsetzen, um andere Staaten gefügig zu machen. Griechenland steht praktisch unter Zwangsverwaltung der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, der sogenannten Troika. Diese diktieren den Hellenen ein »Sparprogramm«, das vor allem die von Bank- und Versicherungskonzernen gehaltenen griechischen Staatsanleihen und die Profite der Rüstungsindustrie sichern soll. Das Diktat greift tief in die Souveränität des griechischen Staates, ja selbst in die Arbeitsabläufe der griechischen öffentlichen

Verwaltung ein und wird durch einen drastischen Abbau der Demokratie realisiert. Die verordneten Kürzungen der Löhne und Renten sowie der Staats- und Sozialausgaben (außer im »Verteidigungsetat«) und die starke Erhöhung der besonders die einkommensschwache Bevölkerung treffenden Verbrauchssteuern zeitigen schon jetzt schweren wirtschaftlichen Niedergang sowie Massenarbeitslosigkeit und absolute Verelendung breiter Bevölkerungsschichten. Ein Blick auf Griechenland zeigt eine »Gesellschaft am Abgrund«, schreibt Karl Heinz Roth in der Flugschrift »Griechenland: Was tun?« (VSA Verlag, Hamburg 2012). Er vermutet, daß Hellas für das Finanzkapital und die meisten konservativen Politiker in »Kerneuropa« ein Experimentierfeld ist, um zu klären, »wie weit das System der Arbeitsarmut (...) vorangetrieben und verstetigt werden kann«.

Maßgebende Kräfte in Deutschland benutzen die »Griechenland-« und die Euro-Krise in vielen Ländern aber auch, um das Projekt »Vereinigte Staaten von Europa« unter deutscher Führung zu beschleunigen. Davor warnen selbst bürgerliche Politiker. Am 24. Juni stellte der Europaabgeordnete und Experte der »Grünen« Reinhard Bütikofer fest: »Merkel kämpft nicht für ein europäisches Deutschland, sondern für ein deutsches Europa.« Der im griechischen Wahlbündnis SYRIZA für Wirtschaftspolitik zuständige Parlamentsabgeordnete Yanis Dragasakis nannte in der Berliner Zeitung vom 15. Juni die Politik der Troika ein System von »Drohungen und Erpressungen«. Trotz der verheerenden Folgen drängt Merkel weiterhin auf einen harten Kurs gegen Hellas. Die Empörung über die »eiserne Kanzlerin« ist nicht nur in Griechenland groß. Doch der Einsatz wirtschaftlicher Mittel zur Unterwerfung fremder Staaten hat besonders in Deutschland Tradition, zumal in Zeiten, in denen militärische Machtmittel nicht vorhanden waren oder ihre Anwendung nicht opportun schien.

Vor einer solchen Situation stand der deutsche Imperialismus am Ende der Weimarer Republik.

Frontalangriff gescheitert

Am 21. März 1931 teilten die österreichische und die deutsche Regierung der erstaunten Öffentlichkeit mit, daß sie sich auf eine Zollunion geeinigt hätten. Diese galt als entscheidender Schritt zu einem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und zur Schaffung eines unter deutscher Führung stehenden mitteleuropäischen Staatenblocks. Aus der »Schlüsselstellung an

der Donau«, so der Deutsche Schutzbund, ein Dachverband von Deutschtumsvereinen, könnte der Südosten Europas infiltriert und von Deutschland abhängig gemacht werden.

Südosteuropa galt als »eines der größten und wichtigsten Rohstoffgebiete der alten Welt«. Die Vorkommen an Erdöl, Chrom, Kupfer, Blei, Zink, Mangan sowie dem Aluminiumvorstoff Bauxit konnten den deutschen Bedarf zu großen Teilen, in einigen Fällen vollständig decken. In beträchtlichem Umfang wurden Nahrungs- und Futtermittel sowie Holz und Textilpflanzen produziert. Das relativ unerschlossene Gebiet mit dichter Besiedlung (und billigen Arbeitskräften) galt den deutschen Eliten als klassischer Kapitalanlageplatz und entwicklungsfähiger Absatzmarkt. Von besonderem Gewicht war, daß die Rohstoffvorkommen und Absatzmärkte in geographischer Nähe zu Deutschland lagen und auch zu Kriegszeiten auf dem Landweg erreichbar waren – abseits der von Großbritannien kontrollierten Seewege. Südosteuropa war für die deutsche Wirtschaft ein idealer »Ergänzungsraum«. Die Konzepte sahen vor, die volkswirtschaftlichen Strukturen der Balkanländer hinsichtlich Produktion, Absatz und Lohn-Preis-Niveau vollständig an die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft anzupassen. Dazu zählte auch die weitgehende Deindustrialisierung der Südostländer: Der Aufbau einer nennenswerten Fertigwarenproduktion war zu verhindern; bestehende Anlagen wurden als »Industriezüchtungsexperimente« diskreditiert und sollten eingestellt werden. Bürgerliche Wirtschaftshistoriker wie Wilhelm Treue gingen davon aus, daß alle deutsche Südosteuropapolitik bis 1945 darauf hinauslief, unter dem Stichwort »Ergänzungswirtschaft« den Staaten dieser Region einen kolonialen Status aufzudrücken.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aber war der begehrte »Südostraum« unter französischen Einfluß geraten. Die wichtigsten Staaten – Rumänien und Jugoslawien – waren Eckpfeiler eines Bündnissystems, das Paris gegen den deutschen »Drang nach Südost« und zur Garantierung der von Frankreich dominierten Versailler Nachkriegsordnung installiert hatte. Jeder deutsche Vorstoß in das Gebiet, auch wenn er mit scheinbar unverdächtigen wirtschaftlichen Mitteln erfolgte, nur der Logik des ökonomischen Sachverstandes gehorche, wie die deutsche Propaganda behauptete, mußte zu schweren internationalen Konflikten führen.

Von »Bordeaux bis Odessa«

Mit dem Zollunionsprojekt hatte der deutsche Imperialismus einen solchen Vorstoß unternommen.

In Paris wurden schwerwiegende Folgen für Frankreichs Stellung in Südosteuropa und für die gesamte Nachkriegsordnung befürchtet. Der deutsche Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch, telegrafierte am 23. März 1931 nach Berlin, Frankreich fühle sich überrumpelt und erpreßt. Man glaube, die Zollunion sei der erste Schritt auf dem Weg zu einem »deutschen Mitteleuropa«.

Die Befürchtungen waren berechtigt. So forderte am 24. März 1931 der allgewaltige IG-Farben-Chef (Vorsitzender des Aufsichtsrates) und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Carl Duisberg, die Zollunion schnell auszudehnen. Dadurch könne »das europäische Problem von der Südostecke aus aufgerollt« werden. Letztlich komme es jedoch darauf an, daß »ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa« geschaffen werde. Am 15. April 1931 ging der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Wilhelm von Bülow, in einem Brief an die deutsche Botschaft in Prag auf die Planungen ein. Selbst mit Veränderungen der Nachkriegsgrenze gegenüber Polen wurde gerechnet. »Der Druck wirtschaftlicher Notwendigkeiten«, so von Bülow, werde den Beitritt weiterer Staaten zu »unserem Wirtschaftsblock« bald »erzwingen«. Gelänge es, auch mit den baltischen Staaten ähnliche »nähere wirtschaftliche Beziehungen« zu schaffen, »dann ist Polen mit seinem wenig gefestigten Wirtschaftskörper eingekreist und allerhand Gefährdungen ausgesetzt: Wir haben es in der Zange.«

Die Reaktion Frankreichs und anderer Mächte fiel entsprechend aus. Politischer Druck, diplomatische Isolierung und wirtschaftliche Sanktionen bewirkten, daß von der Zollunion Abstand genommen wurde. Der deutsche Imperialismus hatte eine herbe Niederlage erlitten, die von den maßgebenden Kräften als traumatisches Ereignis empfunden wurde. Die »Deutschen Führerbriefe«, ein vertrauliches Informationsorgan insbesondere jener Kräfte des Finanzkapitals, die den Coup vom 21. März betrieben hatten, bezeichneten die Niederlage als die schwerste Schlappe nach dem Ersten Weltkrieg.

Alte Ziele ...

Nach Überwindung einer Schockphase machten sich führende Vertreter der deutschen Macht- und Einflußeliten daran, neue Konzepte für die Wiederaufnahme einer Expansion nach Südosteuropa zu erarbeiten. Das Gebiet war für die deutsche Wirtschaft und als Hebel zur grundlegenden Veränderung der Nachkriegsordnung zu wichtig, um es anderen Mächten zu überlassen.

Zentrale Stelle in dem konzeptionsbildenden Prozeß war der 1925 gegründete Mitteleuropäische Wirtschaftstag (MWT). Seit 1931 wurde der Verein von den wichtigsten deutschen Industrie- und Bankkonzernen, den großen Unternehmerorganisationen, den Wirtschaftskammern, Großagrariern, Vertretern der Reichsregierung und hohen Ministerialbeamten getragen. Der MWT koordinierte die Interessen der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse in Richtung Südosteuropa und wirkte zunehmend auch als Stichwort- und Ideengeber.

Auf einer Sitzung Ende Oktober 1931 gab der von rheinisch-westfälischen Unternehmervereinigungen als Geschäftsführer in den MWT entsandte Max Hahn die Grundlinien der konzeptionellen Neuorientierung vor. Wichtig sei, daß man an dem Grundsatz festhalte, die Schaffung eines stark auf Südosteuropa gerichteten »Mitteleuropa« unter deutschem Patronat bleibe das »Ziel deutscher Politik«. Er definierte, das von Deutschland durch »Um- und Neugestaltung« zu beherrschende Gebiet umfasse »den gesamten Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer«, jene Region, die »zu unserer unmittelbaren Einflußsphäre gehört.« Die Notwendigkeit, den Schwerpunkt der wirtschaftlichen und politischen Expansion in dieses Gebiet zu legen, ergebe sich nach Hahn aus dem zu engen Lebensraum des deutschen Volkes. Er machte aber auch deutlich, daß »Mitteleuropa« nur ein Etappenziel auf dem Weg zur deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent sei. Deutschland müsse eines Tages zum Entscheidungskampf gegen die »hegemonialen Ansprüche Frankreichs oder gar des bolschewistischen Rußland« antreten. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung werde »im wesentlichen davon abhängen, wie fest wir uns in unserem natürlichen Lebensraum verankert haben«.

Der für die Außenhandelspolitik zuständige Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Hans Posse, präzierte vor dem MWT-Präsidium: Nur im »Osten und Südosten« lägen für die deutsche Wirtschaft noch Entwicklungsmöglichkeiten. In der praktischen Politik müsse man davon ausgehen, daß der »Lebensraum nicht nur wirtschaftlich durchdrungen, sondern auch machtpolitisch beherrscht« werde. Die »Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes« könne Deutschland nur erreichen, »wenn es sich auch politisch die Beeinflussung des mitteleuropäischen Raumes zum Ziel setzt«. Aber das sollte unbedingt geheim bleiben. »Wir müssen unsere letzten politischen Ziele tarnen«, verlangte er. In der Öffentlichkeit müßten alle Maßnahmen so dargestellt werden, als ob man nur der wirtschaftlichen Vernunft folge und Hilfe für die unter der Agrarkrise leidenden Donauländer leiste.

... neue Methoden

Der deutsche Imperialismus verfügte 1931/32 über keine militärischen Möglichkeiten und wegen der Weltwirtschaftskrise auch über keine größeren Finanzmittel zur Erreichung der ausufernden Ziele. Als einziges Mittel blieb der systematische Einsatz handelspolitischer Maßnahmen. Ansatzpunkt für die deutschen Überlegungen war die tiefe Agrarkrise, die in den landwirtschaftlich geprägten Südostländern verheerende Auswirkungen hatte. Für die Agrarstaaten war der Absatz ihrer Produkte überlebensnotwendig. Deutschland bot mit über 60 Millionen Einwohnern dafür den größten Markt in Europa. Die Herrschenden in den Agrarstaaten und in Deutschland fürchteten zudem die politischen Auswirkungen der Krise. Immer wieder wurde die Möglichkeit einer »Bolschewisierung« der Bevölkerung beschworen. Der deutsche Plan: Der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels müsse von Übersee nach Südosteuropa verlegt werden. Wichtigen Donauländern sollte durch Gewährung von Vorzugszöllen der Export ihrer landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland erleichtert werden. Im Gegenzug hätten die Agrarstaaten für den gleichen Wert Industriegüter aus Deutschland abzunehmen. Außerdem wollte man die Südoststaaten veranlassen, ihre Produktion auf die deutschen Importwünsche umzustellen. Die Länder sollten nicht nur vermehrt mineralische Rohstoffe liefern, sondern auch Soja, Hanf und Flachs anbauen und nach Deutschland exportieren. Diese Produkte waren in Südosteuropa kaum

angebaut worden. Deutschland hatte sie bisher in Übersee eingekauft.

Das gesamte Verfahren hatte große ökonomische Vorteile für die deutsche Wirtschaft. Im Außenhandel brauchte man keine der knappen Devisen einzusetzen. Deutschland wurde für die Südostländer ein lebenswichtiger Absatzmarkt. Die enorme Bindungskraft des deutschen Marktes für Agrarlieferungen wurde durch die erzwungene Umstellung der Produktion in den Balkanstaaten auf die deutschen Bedürfnisse erheblich verstärkt. Kein anderer Staat kaufte beispielsweise die auf Wunsch Deutschlands produzierten Öl- und Faserpflanzen. Andererseits konnte die deutsche Industrie in diesen Ländern für ihre Waren jeden Preis fordern, da die Agrarstaaten wegen des devisenlosen Abrechnungssystems nur über den Bezug deutscher Produkte zu ihrem Geld für die Agrarlieferungen nach Deutschland kommen konnten. Preisgünstigere Industrieprodukte anderer Länder hätten mit Devisen bezahlt werden müssen, der Kauf unterblieb meistens. Die deutsche Wirtschaft hatte in den Beziehungen zu den Südoststaaten damit nicht nur ein Absatz-, sondern auch ein Lieferungsmonopol erreicht.

Die Verlagerung des Schwerpunktes des deutschen Außenhandels von Übersee nach Südosteuropa entsprach zudem einem seit 1918 von den deutschen Eliten ins Auge gefaßten Plan. Im Ersten Weltkrieg hatte die Seeblockade der Entente die deutschen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen, die fast zu 45 Prozent aus Übersee kamen, erfolgreich gestört und mit zur Revolutionierung der Massen geführt. Das Blockadetrauma saß tief. Die Herrschenden wollten alles unternehmen, damit in dem geplanten Revanchekrieg die »Heimatfront« nicht noch einmal durch eine Revolution ins Wanken geriet. Eine weitgehende Verlagerung des lebenswichtigen Imports in ein blockadesicheres, auf dem Landweg zu erreichendes Gebiet sollte ein solches »Debakel« verhindern.

Ministerialdirektor Posse faßte auf der Tagung des MWT im Mai 1932 die wirtschaftlichen und politischen Vorteile des deutschen Plans zusammen. Er sei zur »Erweiterung unseres Wirtschaftsraumes« geeignet, könne das französische Bündnissystem in Südosteuropa auflösen und die Balkanländer zu einer engen politischen »Zusammenarbeit mit Deutschland« veranlassen. Staatssekretär von Bülow meinte in einer Denkschrift für die Reichsregierung, das neue Außenwirtschaftskonzept werde dazu führen, daß sich selbst die engsten Verbündeten Frankreichs in Südosteuropa, Jugoslawien und Rumänien, außenpolitisch sehr schnell Deutschland zuwenden.

Faschismus gefordert

Die Konzeption enthielt auch Vorschläge für eine gravierende Veränderung des innenpolitischen Systems Deutschlands. Die Weimarer Republik mit ihrem Parlamentarismus und den seit Beginn der Wirtschaftskrise ausgebrochenen schweren sozialen Konflikten und Klassenkämpfen sei, so die Meinung der im MWT versammelten Mächtigen aus Wirtschaft und Politik, für eine erfolgreiche Expansion ungeeignet. Man habe, so Hahn auf einer Präsidiumstagung des MWT im Oktober 1931, eine Periode »tiefster Schwäche des deutschen Staats- und Wirtschaftskörpers« erreicht. Deutschland sei an einem Wendepunkt angelangt. Für einen neuen Griff nach Mittel- und Südosteuropa gelte es, die Klassenkämpfe zwischen »Unternehmern und Arbeitern« durch geeignete »Formen einer Gemeinschaftsarbeit« auszuschalten. Dann müsse alles unternommen werden, um »in zäher Aufbauarbeit unsere Wirtschaft und unseren Staat wieder hochzubringen« und »ein Regime rücksichtslosester nationaler Selbstbesinnung und Disziplin« zu etablieren. Ein vertraulicher Informationsbrief des MWT kommt zu dem Schluß, »daß die unerläßliche Voraussetzung für außenpolitischen Erfolg (...) das größtmögliche Maß an Ordnung, Disziplin und wirtschaftlicher Kraft im Innern ist«. Im Leitartikel des MWT-Organs Volk und Reich vom April 1932 heißt es, daß die großen »außen- wie innenpolitischen Aufgaben am sichersten durch eine in irgendwelcher Form diktatorische Regierung gelöst« werden können (Hervorhebung im Original – M.S.). Es ist von erheblicher historischer Bedeutung, daß die maßgebenden Kräfte der deutschen Wirtschaft, die sich um den MWT versammelt hatten, seit Herbst 1931 auch als Voraussetzung für eine erfolgreiche Expansionspolitik immer drängender die Errichtung eines faschistischen Systems in Deutschland forderten.

Im Sommer 1932 lag ein hochkomplexes Konzept für einen neuen Griff nach Mitteleuropa-Südosteuropa vor, das der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz im September

1932 in Stresa als Handlungsanweisung diente. Die Agonie, in die die deutsche Politik im Herbst 1932 gefallen war, bewirkte jedoch, daß nur Einzelmaßnahmen in Angriff genommen wurden.

Beginn der Wirtschaftsoffensive

Mit der Übertragung der Staatsmacht an die NSDAP am 30. Januar 1933 war jener Systemwechsel vollzogen, den die um den MWT gruppierten Kräfte des Finanzkapitals als Voraussetzung für eine erfolgreiche Expansion gefordert hatten. Am Tag der »Machtergreifung« schrieb der interne Informationsdienst des MWT, die »Deutschen Führerbriefe«, nun seien »zum ersten Male die inneren Voraussetzungen erfüllt, damit Deutschland sich außenpolitisch für eine künftige Konstante entscheiden kann«.

Die Hitler-Regierung übernahm die 1931/1932 erarbeitete Konzeption. Noch 1933 begann eine handelspolitische Offensive gegen Südosteuropa. Es kam zu einer beispiellosen politischen Instrumentalisierung der außenwirtschaftlichen Waren- und Zahlungsbeziehungen. Kombiniert wurde die Hauptwaffe Wirtschaftspolitik mit auswärtiger Kulturpolitik, intensiver Auslandspropaganda und verstärktem Mißbrauch der gerade im Südosten starken deutschen Minderheiten zu einem komplexen System »friedlicher Durchdringung«, der *pénétration pacifique*.

Binnen weniger Jahre hatte die wirtschaftliche Abhängigkeit der Südoststaaten kaum erwartete Größenordnungen erreicht. Das Auswärtige Amt stellte 1935 fest, es gelinge immer besser, »jedes der Südostländer einzeln wirtschaftlich an uns zu fesseln«. Auch die erhofften politischen Folgen traten bald ein. Im August 1937 resümierte das Auswärtige Amt, durch die Wirtschaftsoffensive sei eine »weitgehende Lösung Jugoslawiens von Frankreich« erreicht worden. Das Land stehe »in ausgesprochen freundschaftlichen Beziehungen« zu Nazideutschland. Diese Einschätzung traf für alle südosteuropäischen Länder zu. Um 1937 galt die Region als deutsches »informal Empire«, als ein informelles Herrschaftsgebiet Hitlerdeutschlands. Die deutsche Industrie konnte in den Balkanländern ohne Konkurrenz agieren. Die im Zuge der beschleunigten Kriegsvorbereitung immer wichtiger werdenden Rohstoffe und Agrarprodukte dieser Länder standen dem deutschen Imperialismus fast uneingeschränkt und devisenlos zur Verfügung.

Rückblickend kam die Südosteuropagesellschaft 1940 in einer Analyse der deutschen Südostexpansion der 30er Jahre zu dem Ergebnis, die Abhängigkeit der Balkanländer von Deutschland sei so groß gewesen, daß sie nicht mehr aus dem »informal Empire« ausbrechen konnten. Man habe sie »immer ›in der Zange« gehabt.

Dr. Martin Seckendorf ist Historiker und Mitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V. Weitere Beiträge unseres Autors finden sich in der jW-Broschüre »›Barbarossa«. Raubkrieg im Osten« (2. Aufl. Berlin 2011, 5,80 Euro, im jW-Shop erhältlich)

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2012/08-04/016.php>

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIE-LINKE-WEISSENBURG.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/IN-DER-DEUTSCHEN-ZANGE/](http://www.die-linke-weissenburg.de/politik/presse/detail/artikel/in-der-deutschen-zange/)